

B E B A U U N G S P L A N

"J U N K E R S L A N D E"

der Gemeinde

H i l b r i n g e n

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 20. Januar 1970 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgt auf Antrag der Gemeinde H i l b r i n g e n durch Ing.-Büro E. Z i m m e r , H i l b r i n g e n.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich	SIEHE ZEICHNUNG
2. Art der baulichen Nutzung	Allgemeines Wohngebiet
2.1 Baugebiet	Gemäß Bebauungsverordnung § 4
2.1.1 zulässige Anlagen	
3. Maß der baulichen Nutzung	
3.1 Zahl der Vollgeschosse	lt. Plan
3.2 Grundflächenzahl	lt. Plan
3.3 Geschossflächenzahl	lt. Plan
3.4 Baumessenzahl	--
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	--
4. Bauweise	Ein- oder Zweifamilienhäuser lt. Plan
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	
6. Stellung der baulichen Anlagen	SIEHE ZEICHNUNG
7. Mindestgröße des Baugrundstückes	ENTFALLT
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK Straßenkrone Mitte Haus bis OK Erdgeschoß-Fußboden)	nach ges. Einweisung
9. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	ENTFALLT
10. Flächen für überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	ENTFALLT
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheim vorgesehenen Flächen	Gesamter Geltungsbereich
13. Baugrundstücke für besonders bauliche Anlagen die privat- wirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs bestimmt ist.	ENTFALLT
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	ENTFALLT
15. Verkehrsflächen	SIEHE ZEICHNUNG
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	Siehe Bauleitungsprojekt
17. Versorgungsflächen	entfällt
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen	Siehe Plan
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	ENTFALLT
20. Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport- Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	SIEHE ZEICHNUNG
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	ENTFALLT
22. Flächen für die Land- und Forstwirtschaft	ENTFALLT
23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	entfällt
24. Flächen für die Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschafts- gärten	ENTFALLT
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren, räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder der Gesundheit erforderlich sind.	ENTFALLT
26. Die bei einzelner Anlage, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenden Schutz- flächen und ihre Nutzung	ENTFALLT
27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	ENTFALLT
28. Bindungen für Bepflanzung und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	ENTFALLT

A u f n a h m e von

Festsetzung über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund
des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung
zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl.S. 293)

lt. örtl. Bauvorschrift

Kennzeichnung von Flächen gem. § 9 Abs. 3 BBauG

- | | |
|---|----------|
| 1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind. | ENTFÄLLT |
| 2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind. | ENTFÄLLT |
| 3. Flächen, unter denen der Bergbau ungeht | ENTFÄLLT |
| 4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind. | ENTFÄLLT |

A u f n a h m e von

Festsetzung über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und
Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung
mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundes-
baugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl.S.293).

ENTFÄLLT

Planzeichen - Erläuterungen

- Geltungsbereich
- geplante Gebäude
- bestehende Straßen
- geplante Straßen
- bestehende Grundstücksgrenze
- geplante Grundstücksgrenze
- Wasserleitung
- Baugrenze
- Entwässerungsrichtung
- ▲ Maststation
- Parkanlage
- Schutzbereich der Hochspannungsleitungen

15.1.1971 bis 20.2.1971

Der Bauausschuss hat gemäß § 10 BBauG die Festsetzung vom
26.3.1971 beschlossen.



Hilbringen

den 28.3.1971

Grieblen

SAARLAND
Der Minister des Innern
Oberste Landesbaubehörde

26. Juli 1971

17-7-3798710 R. K. H. X
Diplom-Ingenieur

Der Minister des Innern - Oberste Landesbaubehörde
Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am
3.9.1971 öffentlich bekannt gemacht.

Hilbringen den 21.1.1972

Der Bürgermeister



Grieblen

Ing.-Büro F. Zimmer
6641 Hilbringen

Gemeinde Hilbringen

Baugebiet „Junkergelände“

Nov. 1970
di. P. 1:1000

Lageplan

Optik